



Jedes Jahr am 24. Januar findet der Tag des bedrohten Anwalts statt, an dem Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte weltweit gegen die Einschüchterung, Bedrohung, Inhaftierung und Ermordung von Kolleginnen und Kollegen demonstrieren. Dieses Jahr ist der Tag erneut – wie bereits 2014 – den Anwältinnen und Anwälten in Kolumbien gewidmet, die Morddrohungen erhalten, weil sie die Rechte der Ärmsten verteidigen und die Opfer von Menschenrechtsverletzungen insbesondere in ländlichen Gebieten vertreten.

Von den über 200.000 Anwältinnen und Anwälten in Kolumbien widmen sich nur wenige der Vertretung der Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von Übergriffen wie außergerichtlichen Tötungen, dem gewaltsamen Verschwindenlassen und Angriffen bei bewaffneten Konflikten betroffen sind. Dieser marginalisierte Teil der Bevölkerung umfasst Kleinbauern, städtische Armutsbevölkerung, Binnenflüchtlinge sowie indigene und afro-kolumbianische Gruppen.

In den letzten zehn Jahren wurden dort mehr als 700 Kollegen ermordet. Daneben kam es zu mehr als 4.400 Übergriffen auf die Anwaltschaft in Kolumbien. Zwischen 2019 und 2020 wurden verschiedene Menschenrechtsanwältinnen und Menschenrechtsanwälte durch staatliche Sicherheitskräfte überwacht, weil sie oppositionelle Gruppen vertreten haben. Die meisten Menschenrechtsverteidiger

müssen darüber hinaus damit rechnen, selbst mit Klagen und Ermittlungsverfahren überzogen zu werden, wenn sie versuchen, Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien aufzudecken.

Der kolumbianische Staat hat die Vielzahl an Übergriffen und Attacken weder versucht zu verhindern, noch gibt es ein Interesse an deren Aufklärung. In Kolumbien gibt es weder eine lokale noch eine nationale Anwaltskammer oder eine Anwaltsvereinigung, die die Unabhängigkeit der Anwältinnen und Anwälte fördert oder den Berufsstand im Allgemeinen schützt. Der *Consejo Superior de la Judicatura* (Oberster Justizrat) registriert und speichert Informationen über kolumbianische Anwältinnen und Anwälte und sanktioniert Fehlverhalten oder Fehlverhalten im Rahmen der Beschäftigung. Eine Interessenvertretung fehlt komplett.

[Zum „Final Report Colombia“ der Initiatoren und beteiligten Organisationen für den Tag des bedrohten Anwalts 2022 \(Stand: 21.12.2021\)](#)

Vor diesem Hintergrund findet am 20. Januar 2022 um 19 Uhr eine Diskussionsveranstaltung des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) in Kooperation mit dem Deutschen Anwaltverein (DAV), der Rechtsanwaltskammer Berlin, der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ) sowie der Europäische Vereinigung von Juristinnen & Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt (EJDM) **mit Menschenrechtsanwältin Zoraida Pedraza und Menschenrechtsanwalt German Romero**

statt, in der diese über die Situation in Kolumbien berichten.



German Romero



Zoraida Pedraza

Beide mussten Kolumbien verlassen, da sie dort aufgrund ihrer Arbeit bedroht und verfolgt wurden. Sie leben momentan in Belgien und Spanien.

Änderung am 11.01.2022:

Die Veranstaltung findet aufgrund der Corona-Pandemie nicht mehr im Stadtteilzentrum Familiengarten, sondern **online per Zoom** statt:

<https://us06web.zoom.us/j/85818715081?pwd=THhKNEpweGpCSnNhQlhVzdiU2pRZz09>

Meeting-ID: 858 1871 5081
Kenncode: 251985